

Das Wochenmagazin der www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

29. Jänner 2009

Faymann. Die neue Politik.
30. 1. 09 ab 16 Uhr - Live auf www.spoe.at



Damit der Jobmotor weiter läuft:

**KMU fördern,
Arbeitsplätze sichern**

INTERN

Österreich steht vor großen Herausforderungen: Die seit Jahrzehnten größte Finanzkrise erfordert von der Politik entschlossenes Handeln und wirksames Gegensteuern. Die Regierung Faymann hat gezeigt, dass sie mit Hochdruck daran arbeitet, diese schwierige Aufgabe zu bewältigen. Bereits eine Reihe von Maßnahmen wurde gesetzt, so auch für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die Auswirkungen der schlechten Wirtschaftslage für die KMU sind für das ganze Land gravierend, sichern diese fast 70 Prozent der Arbeitsplätze und erwirtschaften 60 Prozent der Wertschöpfung. Was für KMU bereits getan wurde, was geplant ist, Kommentare und Interviews mit Experten – das steht im Mittelpunkt dieser "SPÖ Aktuell"-Ausgabe. Hauptaugenmerk ist naturgemäß, die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten. Das ist auch das zentrale Thema beim gemeinsamen Start ins politische Jahr, den die SPÖ am kommenden Freitag in Wien Erdberg begeht. Höhepunkt ist eine Rede von Bundeskanzler Werner Faymann, in dem er die Lösungsansätze und Ziele für das Jahr 2009 präsentiert.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

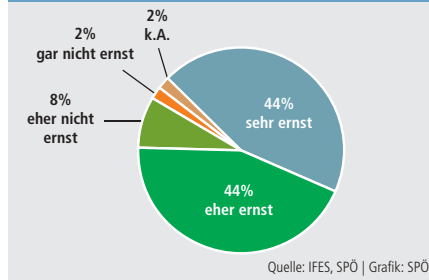
Herausforderungen für die neue Politik	4
Schwerpunkt KMU	6
Interview mit SWV-Präsident Christoph Matznetter	7
JungunternehmerInnen	8
Gastkommentar von aws-Geschäftsführer Johann Moser	14

SPARKURS

Öffis statt Luxus-Schlitten

Die neuen Dienstwagen von zwei Nationalbank-Direktoren haben in den vergangenen Tagen für Aufregung gesorgt. Die Luxus-Karosserien schlugen jeweils mit schlappen 130.000 Euro zu Buche. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter haben diese Neuanschaffungen „eine verheerende Optik“. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise sei der Bevölkerung eine derart provokative und instinktlose Vorgangsweise nicht zuzumuten. Er fordert die Verantwortlichen daher auf, eine vernünftige Fahrzeugregelung in der OeNB zu finden. Sparsamer zeigt sich

Wie ernst ist die Krise für Österreich



Wirtschaftskrise: Österreicher verunsichert

Laut einer aktuellen Umfrage, durchgeführt von Ifes, nehmen die Österreicher die Krise nicht auf die leichte Schulter. 44% nehmen die Wirtschaftskrise sehr ernst, weitere 44% eher ernst. Umso wichtiger ist es, dass die Regierung mit den von ihr gesetzten Maßnahmen das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Österreich wieder stärkt. ♦

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:

Was tun gegen Jugendarbeitslosigkeit?

Österreich hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Trotz diesem – auf den ersten Blick positiven – Wert, ist es eine der größten Herausforderungen, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, denn diese steigt kontinuierlich an. Die Bundesregierung hat bereits einige entschlossene Schritte gesetzt, um die Situation für Jugendliche zu verbessern, aber reicht dies aus? Diskutieren Sie mit – was muss getan werden, um die Zukunft unserer Jugend zu sichern?

Versprochen – gehalten: LehrerInnenausbildung neu



Bilderbox

Bildungsministerin Claudia Schmied gab nun den Startschuss zur neuen LehrerInnenausbildung. Begonnen wird mit einer ExpertInnengruppe, die bis Ende des Jahres die Eckpunkte zur neuen Ausbildung erarbeiten wird. Im Mittelpunkt stehen dabei ein hohes tertiäres Niveau der LehrerInnenausbildung, ein Aufnahmeverfahren, bei dem es sich um keine punktuellen Tests handelt sowie eine höhere Durchlässigkeit zwischen den Schultypen und die Möglichkeit des Quereinsteigens. Schmied will die neue LehrerInnenausbildung noch in dieser Legislaturperiode umsetzen. ♦

Zitat der Woche

„Fakt ist, dass ein Drittel dessen, was Österreich erwirtschaftet, für Sozialpolitik verwendet wird. Fakt ist auch, tun wir das nicht, wäre die Armutsgefährdung drei Mal höher.“

**Arbeits- und Sozialminister
Rudolf Hundstorfer**



Bilderbox

Stock options: Weg mit dem Steuervorteil für Manager

Staatssekretär Andreas Schieder setzt sich dafür ein, dass die Steuervorteile für ManagerInnen beim Kauf von Aktien des Unternehmens, in dem sie tätig sind, gestrichen werden. „In der aktuellen wirtschaftlichen Lage soll jeder einen Beitrag leisten“, begründet Schieder das geplante Streichen des Steuervorteils. Erfreulich dabei ist, dass das Staatssäckel dadurch mit bis zu 35 Mio. Euro jährlich entlastet wird, die sich der Finanzminister nun an der Auszahlung des Steuervorteils erspart. Geld, das gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten anders genutzt werden kann. ♦



BMW



Zimmer

Die neue Politik

Unser Ziel im Jahr 2009 ist klar: Wir werden uns auch in Krisenzeiten mit voller Kraft für die Interessen der arbeitenden Menschen einsetzen. Wir werden die Politik für und gemeinsam mit den Menschen gestalten.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität aktueller denn je. Was aber verstehen wir unter „neuer Politik“? Konkret geht es um eine Ausweitung des politischen Handlungsspielraums. Zu lange wurde erklärt, was Politik alles nicht kann und nicht soll. Die neue Politik steht für den Handlungsspielraum, den wir nutzen werden. Sie steht für die Wirksamkeit von Politik und für eine Politisierung unserer Gesellschaft. Es geht um Öffnung und Mobilisierung. Die Parteizentrale wird weiter zum Open House entwickelt. Auch der Webauftritt ist von zentraler Bedeutung. Die Menschen sollen teilhaben können und sich am politischen Diskussionsprozess beteiligen.



„Neue Politik“ steht aber auch für eine Politik, die nicht von oben herab geschieht, nicht hinter verschlossenen Türen oder über Vermittler. Diskussionen sollen nicht mehr nur in Gremien stattfinden, sondern mit den Menschen vor Ort. Dort, wo unsere Maßnahmen auch ankommen sollen. Bei den Menschen, für die sie gedacht sind.

Gemeinsam mit unserem Bundeskanzler starten wir entschlossen in das Jahr 2009 und zeigen, dass die SPÖ die politische Kraft im Land ist, die bei den Menschen und ihren Sorgen ist.

Ein wesentlicher Aspekt für den Erfolg im Jahr 2008 war das geschlossene Auftreten der SPÖ auf allen Ebenen. Diese Geschlossenheit wird auch 2009 die Basis für weitere Erfolge der Sozialdemokratie sein.

Gemeinsam mit unserem Bundeskanzler starten wir entschlossen in das Jahr 2009 und zeigen, dass die SPÖ die politische Kraft im Land ist, die bei den Menschen und ihren Sorgen ist.

Die Einheit der sozialdemokratischen Familie, ob im Bund, den Ländern oder mit den FreundInnen der FSG ist so groß wie lange nicht. Im „Superwahljahr“ 2009 werden wir beweisen, dass die SPÖ die einzige Kraft ist, die auf allen Ebenen tatkräftig die Interessen der arbeitenden Menschen vertritt. Während andere mit Schuldenzuweisungen arbeiten und Sündenbockpolitik betreiben, arbeiten wir daran, dass die Menschen in Österreich das Krisenjahr 2009 bestmöglich bewältigen können. Die SPÖ ist in den Bundesländern nicht nur personell gut aufgestellt, sie verfügt auch auf Landesebene über die überzeugendsten Konzepte für die Menschen.

Unsere Aufgabe ist es, Antworten zu finden und mehr denn je in einen direkten

„Während andere mit Schuldenzuweisungen arbeiten und Sündenbockpolitik betreiben, arbeiten wir daran, dass die Menschen in Österreich das Krisenjahr 2009 bestmöglich bewältigen können.“

Kontakt mit den Menschen zu treten. Wir setzen unsere Aktivitäten bei den Menschen vor Ort. So wie Bundeskanzler Werner Faymann wöchentlich in den Bundesländern unterwegs ist und Betriebe besucht, so werden wir alle auf allen Ebenen das Gespräch mit den Menschen führen. Die ersten Schritte sind gemacht. Viele weitere werden folgen.

30.1.09 ab 16 Uhr
Faymann.
Die neue Politik.
Auf www.spoe.at
Live!



Herausforderungen

Die Bewältigung der Wirtschaftskrise und ihrer Folgen werden 2009 im Zentrum der Politik stehen. Am 30. Jänner wollen die SPÖ und Bundeskanzler Werner Faymann bei einer Großveranstaltung in Wien verdeutlichen, dass die sozialdemokratischen Ziele wichtiger denn je sind.

Die Wirtschaftskrise hat Europa inzwischen voll im Griff. Empfindliche Auftragsengpässe, vermehrte Kurzarbeit und Werksschließungen sind in allen EU-Staaten zu verzeichnen. Die aktuelle Wirtschaftslage und ihre Folgen werden wohl die größten Herausforderungen aller europäischen Regierungen in diesem Jahr sein. Österreich steht im europäischen Vergleich noch relativ gut da. Die EU-Kom-

mission hat eine Arbeitslosigkeit von 5,1 Prozent für 2009 prognostiziert. Der EU-Durchschnitt beträgt 8,7 Prozent. Und beim Wirtschaftswachstum spricht die EU-Kommission von minus 1,2 Prozent (EU-Schnitt: minus 1,8 Prozent). Das Defizit veranschlagt die Kommission bei 3 Prozent. Vielleicht wird es auch weniger. Das hängt von vielen Faktoren, nicht zuletzt vom Konjunktur- und auch vom Bankenpaket ab. „Wer schon heute schwören kann, wie es

Ende des Jahres aussieht, muss ein Hellseher sein und in diese Gruppe reihe ich mich nicht ein“, betont Bundeskanzler Werner Faymann.

Grundsteine schon 2008 gelegt

Die SPÖ und die Regierung Faymann hat bereits 2008 durch eine neue, gemeinsame Regierungsarbeit über die Parteigrenzen hinweg den wesentlichen Grundstein zur

Konjunktur beleben

Eine der wichtigsten Herausforderungen der Regierung wird das Ankurbeln des Wirtschaftsmotors sein.

- » Gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden im Ausmaß von 8 Mrd. Euro zur Stärkung der Konjunktur.
- » Steuerentlastung: Einkommen zwischen 1.000 und 4.000 Euro werden im Schnitt zwischen 400 und 700 Euro entlastet. Dadurch steigt die Kaufkraft.
- » Infrastrukturinvestitionen in Schiene und Straße sichern 50.000 Arbeitsplätze.
- » Vorziehen von Bauprojekten des Bundes im Ausmaß von 850 Mio. Euro (Schulen, Universitäten, Justizgebäude etc.).

Sozialbereich sichern und ausbauen

Gerade in schlechten wirtschaftlichen Zeiten ist die soziale Absicherung vordringlich.

- » Pflegegeld wurde erhöht.
- » Hacklerregelung verlängert.
- » Familienbeihilfe für alle Kinder erhöht.
- » Bedarfsorientierte Mindestsicherung fix.
- » Verpflichtendes Gratis-Kindergartenjahr kommt.
- » Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten beschlossen.
- » Einkommensabhängiges Kindergeld und Papamonat geplant.



BILDUNG



ARBEIT

Fotos: Bilderbox

für die neue Politik

Überwindung der Krise legen können. Was die Mitglieder dieser Bundesregierung bei allen Unterschieden verbindet, ist der Wille zur gemeinsamen Arbeit und die Bereitschaft zum politischen Kompromiss. Daher war es auch möglich, ein Konjunkturprogramm zu schnüren, das vom renommierten Bruegel-Institut als das – gemeinsam mit Spanien – beste Europas qualifiziert wurde. Denn es herrscht innerhalb der Bundesregierung – aber auch in den Ländern – Einigkeit darüber, dass investiert werden muss, um die Wirtschaft anzukurbeln. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden werden 8 Mrd. Euro zur Konjunkturbelebung veranschlagt.

Aber auch die enormen Bemühungen des Bundes und aller Ebenen der Gebiets-

körperschaften werden eine Anspannung der Arbeitsmarktsituation nicht verhindern können. Umso mehr sind die Ziele gefragt, für die die SozialdemokratInnen kämpfen: soziale Gerechtigkeit, effektive Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, ein exzellentes Gesundheits- und Bildungssystem für alle und garantierte Pensionen. Die Bundesregierung unter Werner Faymann hat dazu bereits eine Fülle an Maßnahmen beschlossen oder auf Schiene gestellt. So sind etwa für den Arbeitsmarkt, konkret für die Qualifizierungsoffensive „Metallfachkräfte“, für regionale Qualifizierungsoffensiven, für die Förderung zusätzlicher Lehrstellen, für überbetriebliche Lehrausbildung und für den Kombilohn und zusätzliche Eingliederungsbeihilfen 258 Mio. Euro vorgesehen.

Der Mindestlohn ist bereits Realität, die Kurzarbeit wird reformiert, das Pflegegeld wurde erhöht, die Umsetzung der Mindestsicherung läuft auf Volldampf. Die Ausbildungsgarantie wird umgesetzt, die Studiengebühren wurden gestrichen, die Lehrerausbildung wird völlig reformiert. Die Familienbeihilfe wurde erhöht und die Steuerreform bringt vielen Familien eine Belastungsverringerung, die an ein weiteres Monatsgehalt heranreicht. Kurz: Vieles ist bereits umgesetzt, vieles noch am Weg, um die großen Herausforderungen, vor denen die Sozialdemokratie und die Regierung steht, zu meistern. Aber eines ist jetzt schon klar: Das geht nur gemeinsam – sowohl innerhalb der Regierung als auch auf allen Ebenen der Partei, der Sozialpartner und der Gebietskörperschaften. ♦

In Bildung und Ausbildung investieren

Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel für die Zukunft unseres Landes – und die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit.

- » 09/10 werden 600 Mio. Euro für Schulbauten investiert.
- » Bis 2013 4.300 zusätzliche LehrerInnen.
- » Studiengebühren abgeschafft.
- » Ausbildungsgarantie wird umgesetzt.
- » Bildungsstandards werden eingeführt.
- » Neue Mittelschule ausgebaut.
- » Zentralmatura geplant.
- » Berufsmatura für Lehrlinge wird intensiviert.
- » Verringerung der SchülerInnenanzahl pro Klasse wird weitergeführt.

Arbeitslosigkeit verhindern

Eine Hauptaufgabe der Regierung ist es, Arbeitslosigkeit zu verhindern.

- » 75 Mio. Euro zusätzlich für AMS-Mittel (Schwerpunkt: Qualifizierung von Frauen).
- » 95 Mio. Euro für regionale Beschäftigungsoffensiven und Qualifizierungsoffensive Metallfachkräfte.
- » „Kurzarbeit Neu“ auf Schiene.
- » Arbeitsstiftungen werden ausgebaut.
- » Vorgezogene Projekte bei Schiene und Straße bringen 5.000 Arbeitsplätze.
- » Schließen der Lehrstellenlücke.

30.1.09 ab 16 Uhr
Faymann.
Die neue Politik.
Auf www.spoe.at:
Live!

KMU

Der Motor der heim

Klein- und Mittelbetriebe sind für den Standort Österreich von besonderer Bedeutung. Sie sichern fast 70 Prozent der Arbeitsplätze und erwirtschaften 60 Prozent der Wertschöpfung – und bilden somit den Motor der heimischen Wirtschaft.



Bilderbox

Nagelprobe steht bevor

Faktum ist, dass die Finanzsituation für die mittelständische Wirtschaft sehr unbefriedigend ist. Die Bundesregierung hat bekanntlich ein Bankenpaket beschlossen, dieses wirkt jedoch noch nicht. 15 Milliarden Euro für die Eigenmittelerhöhung der Banken stehen bereit, bisher hat sich aber nur eine Bank Geld abgeholt. Bundeskanzler Werner Faymann hat deshalb bereits auch in den Raum gestellt, dass es zu Nachbesserungen beim Bankenpaket kommt. „Die Nagelprobe ist erst dann bestanden, wenn die kleinen und mittleren Betriebe Finanzierungen erhalten. Erst

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Einpersonenunternehmen

Seit 1999 erleben wir in Österreich einen regelrechten Gründerboom. Einpersonenunternehmen wachsen wie die Schwammerl aus dem Boden.

Insgesamt lag der EPU-Anteil in Österreich bei 49,2 Prozent.

EPU-Durchschnittsalter: 42,9 Jahre.

EPU-Frauenanteil: 34,8 Prozent.

Im Bundesländervergleich liegt Wien mit 54 Prozent vor Niederösterreich mit 51,4 Prozent und der Steiermark mit 49,6 Prozent.

Laut einer Umfrage des Forums zur Förderung der Selbstständigkeit nannten 26,1 Prozent der EPU als Gründe für die Betriebsgründung den „Eintritt in den Arbeitsmarkt“, 25,8 Prozent „mehr Einkommen“ und 23,3 Prozent „mehr Unabhängigkeit“.

Die Prognosen für die Entwicklung der Wirtschaft im heurigen Jahr sind alles andere als erfreulich: Die Österreichische Nationalbank (OeNB) hat ihre Prognosen für das nächste und das übernächste Jahr markant um 2 bzw. 1,6 Prozentpunkte hinunter geschraubt. Demnach soll das reale Bruttoinlandsprodukt 2009 um 0,3 Prozent schrumpfen, das Wachstum für 2010 wird nur mit 0,8 Prozent angenommen. Nicht zuletzt die Hunderttausenden heimischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind von der Finanzkrise stark betroffen. Ihnen ist besonderes Augenmerk zu schenken: Denn sollten diese in finanzielle Schwierigkeiten geraten, hätte das besonders dramatische Auswirkungen, weil dadurch tausende Arbeitsplätze verloren gehen würden. Keine übertriebene Panikmache, wenn man bedenkt, dass 99 Prozent der heimischen Unternehmen Klein- und Mittelbetriebe sind.

dann kann der Markt in Schwung kommen“, so Faymann. Der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes Österreich (SWV), der ehemalige Finanzstaatssekretär und jetzige SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter kann seinen Unmut über die Finanzinstitute nicht verhehlen. „Ich ärgere mich sehr darüber, dass trotz des Bankenpakets mit Staatshaftungen die Banken bei Krediten noch immer viel zu restriktiv gegenüber den Betrieben agieren.“ Geht es nach Matznetter, so braucht es nun eine nachhaltige Finanzierung für Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe, damit die negativen Auswirkungen von Basel II und der Finanzkrise nicht ausschließlich auf dem Rücken der Kleinen lasten.

Entscheidungsjahr für Einpersonenunternehmen

Besonders stark unter Druck stehen nun aufgrund der aktuellen prekären Wirt-

ischen Wirtschaft

schaftslage die sogenannten Einpersonnenunternehmen (EPU). „Es besteht die große Gefahr, dass viele EPU die Wirtschaftskrise nicht überleben werden“, fürchtet Matznetter, der damit rechnet, dass 50.000 Selbstständige durch die Krise arbeitslos werden. EinzelkämpferInnen haben zahlreiche Hürden zu überwinden: Sie sind von der restriktiven Anwendung von Basel II-Kriterien bei der Kreditvergabe besonders betroffen. Durch die internationale Finanz- und Bankenkrise hat sich das nochmals dramatisch verschärft. Und auch die finanziellen Hürden, Investitionen zu tätigen, sind für EPU oftmals untragbar. In vielen Fällen bedeutet das einen erheblichen Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu größeren Unternehmen. Wie überhaupt die Kleinsten gegenüber den Großen benachteiligt sind: „Wenn ein Großbetrieb schließen muss oder Kurzarbeit veranlasst, steht es in den Medien, wenn an einem Tag 300 EPU zusperren, geht das in der breiten Öffentlichkeit unter“, machte Matznetter klar.

Basel II radikal überarbeiten

Daher braucht es sofort schlagkräftige Maßnahmen für EPU zur Gegensteuerung in den Bereichen Finanzierung und soziale Absicherung, fordert Matznetter.

Konkret verlangt er Maßnahmen zum Abfangen der negativen Auswirkungen von Basel II. So müssten die Banken endlich aufhören, auch Kredite unter einer Million Euro gemäß den Basel II-Kriterien zu behandeln. „Die Anwendung der Basel II-Kriterien für Kleinstkredite ist die schlechteste Maßnahme gegen die Wirtschaftskrise überhaupt. Die Kriterien müssen radikal überarbeitet werden“, so Matznetter. Denn bei Auftragsrückgängen haben EPU erhöhte Finanzierungserfordernisse, darüber hinaus keine großen Anlagengüter und bekommen unter Basel II überhaupt keine Kredite, oder nur zu schlechten Bedingungen. Außerdem müssen die von der Bundesregierung beschlossenen Haftungen (angesiedelt beim AWS) so rasch wie möglich umgesetzt werden; und das vorzugsweise unkompliziert am Bankschalter. ♦

INTERVIEW

„Kleinstbetriebe sind besonders unter Druck“

Die Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Was bedeutet das für Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe? „SPÖ Aktuell“ sprach mit dem Präsidenten des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands, Christoph Matznetter.

SPÖ Aktuell: Wie wirkt sich die Wirtschaftskrise auf Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe (KMU) aus?

Christoph Matznetter: Gerade diese Betriebe sind besonders betroffen. Sie können z.B. nicht auf das Kapital von Aktionären zurückgreifen. Auch haben KMU weniger Auftraggeber als größere Unternehmen – viele nur einen einzigen. Sie sind besonders von der Auftragslage abhängig und haben mehr Schwierigkeiten, Schwankungen zu überstehen. Es besteht die Gefahr, dass viele Einpersonnenunternehmen (EPU) die Krise nicht überleben. Noch dazu, wo Medien zwar ausführlich berichten, wenn ein Großbetrieb mit 1.000 Angestellten zusperrt – 1.000 Selbstständige hingegen, die aufgeben müssen, fallen der Öffentlichkeit nicht auf.

Was kann man tun, damit KMU nicht in die Kreditklemme geraten?

Christoph Matznetter: KMU leiden besonders an den restriktiven Anwendungen der Basel II-Kriterien bei der Kreditvergabe. Durch die Finanz- und Bankenkrise hat sich das dramatisch verschärft. Die Banken müssen endlich aufhören, auch Kredite unter 1 Mio. Euro gemäß den Basel II-Kriterien zu behandeln. Weiters gilt es, die Auswirkungen des Bankenpakets der Regierung zu beobachten – sollte sich in einigen Monaten nichts geändert haben, muss eine Adaptierung überlegt werden.

Wie können Ein-Personen-UnternehmerInnen besser sozial abgesichert werden?

Christoph Matznetter: Gerade die SPÖ hat hier schon einiges getan. Es gibt seit 1.1.2009 eine freiwillige Arbeitslosenversicherung –

wir würden uns hier aber wünschen, dass diese günstiger wird. Auch gibt es eine verpflichtende Arbeitslosenversicherung für freie Dienstnehmer. Besonders wichtig ist jetzt auch die rasche Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung – dass Kärnten und das BZÖ sich hier bisher gesperrt haben, ist für niemanden einzusehen.



SWV-Präsident Christoph Matznetter will Kleinst- und Kleinbetriebe unterstützen.

Welche Handlungsspielräume gibt es, die Situation von KMU als Vizepräsident der Wirtschaftskammer zu verbessern?

Christoph Matznetter: Aus sozialdemokratischer Sicht ist es ganz klar, dass wir dort die Stimme der Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe sind – damit nicht nur die von der ÖVP als Klientel angesehenen Großunternehmen zu Wort kommen. ♦

ZUR PERSON

Christoph Matznetter ist seit 2005 Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands Österreich und Vizepräsident der Wirtschaftskammer.

Matznetter ist SPÖ-Wirtschaftssprecher und Nationalrat, Mitglied des SPÖ-Bundesparteivorstandes und des Bundesparteipräsidiums. Von 2007 bis 2008 war er Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen.

30.1.09 ab 16 Uhr
Faymann.
Die neue Politik.
Auf www.spoe.at
Live!

JUNGUNTERNEHMER

Voller Unternehmerlust

Sie sind jung, hoch flexibel und ein wahrer Beschäftigungsmotor. Wer heute JungunternehmerInnen unterstützt, bekommt morgen Arbeitsplätze zurück.

Aller Anfang ist schwer: Das kann auch Katharina Schinner bestätigen, die seit 2005 Geschäftsführerin eines Damenbekleidungsgeschäfts im Ersten Wiener Gemeindebezirk ist. Dabei hat Schinner, wie sie sagt, noch „großes Glück“ gehabt, denn: „Mein Vater war zeitlebens Unternehmer, der mir mit all seiner Erfahrung geholfen hat, jene Fehler zu vermeiden, die viele bei Neugründungen oder Übernahmen von Betrieben machen.“ Denn gerade als junger Unternehmer müsse man „die Eigenschaften eines Zehnkämpfers haben. Man braucht nicht nur Managementqualitäten, sondern auch ein hohes Maß an sozialer Intelligenz. Da bleibt für die Aufgabe, sich wichtige Informationen und Beratung zu holen, oft keine Zeit mehr“, stellt Schinner fest. Die junge Geschäftsführerin eines Kleinunternehmens mit drei MitarbeiterInnen kennt auch all die anderen Probleme, mit denen Jungunternehmer konfrontiert sind. Und hier ist es besonders das liebe Geld – oder besser gesagt, das fehlende Geld, das Jungunternehmer schon zu Beginn vor schier unüberwindliche Hürden stellt.



Landtagsabgeordnete,
Gemeinderätin
Katharina Schinner

Gründer brauchen leistbare Kredite

Für Katharina Schinner, die nicht nur Jungunternehmerin, sondern auch Vize-



Allein im Jahr 2008 gab es nach vorläufigen Zahlen der WKO über 30.000 Unternehmensneugründungen – hauptsächlich im Gewerbebereich und in der Informationstechnologie.

Fotolia

präsidentin des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands Wien (SWV) und Vorsitzende des Jungen Wirtschaftsverbandes Wien ist, steht fest, dass junge Unternehmensgründer vor allem eines brauchen: Leistbare Kredite zu günstigen Konditionen. Ergänzt werden muss dies durch faire und angemessene Mieten. So soll verhindert werden, dass

Geschäftsmieten bei der Betriebsübernahme plötzlich über Gebühr angehoben werden. Zu optimalen Rahmenbedingungen für die Umsetzung innovativer, unternehmerischer Ideen gehören aber auch faire Steuern. Hier macht sich der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Wien (SWV) dafür stark, dass die Arbeitslosenversicherung für Selbstständige günstiger wird. Gesenkt werden müssten auch die Kosten des Faktors Arbeit. So spricht sich der SWV dafür aus, dass etwa Einpersonunternehmen (EPU) bei der Einstellung des ersten Mitarbeiters für ein Jahr keine Lohnnebenkosten bezahlen müssen. Enorm geholfen wäre Jungunternehmern auch durch die Abschaffung der Mindest-Körperschaftsteuer, so Katharina Schinner, die in diesem Zusammenhang von einer „unnötig hohen Belastung gerade in der

sensibelsten Phase eines Unternehmens“ spricht.

Orientierung in der Förderlandschaft

Neben Erleichterungen im steuerlichen und finanziellen Bereich brauchen Unternehmen auch etwas, was Katharina Schinner die „drei Bs“ nennt: Nämlich Beratung, Beratung, Beratung. Denn immer wieder zeigt sich, dass Jungunternehmer die Bedeutung rascher und guter Beratung unterschätzen. Damit hängt auch ein weiteres Problem zusammen: Das fehlende oder nur ungenügende Wissen über Fördermöglichkeiten. Katharina Schinner dazu: „Dabei gibt es hier einen ganzen Strauß an Fördermöglichkeiten.“ Umso wichtiger ist da die Arbeit des sozialdemokratischen Wirtschaftsverbands, der in seinem Selbstverständnis ein „Informations- und Kontaktknotenpunkt“ ist, der Jungunternehmern z.B. mit kostenloser juristischer Beratung zur Seite steht. Und auch die vom jungen Wirtschaftsverband Wien initiierte Veranstaltungsserie „KMU-Gipfel“ soll jungen Unternehmern einen Überblick über jene Organisationen (siehe Kasten) geben, die junge Unternehmer dabei unterstützen, schon heute die Arbeitsplätze von morgen zu schaffen. ♦

ZUM THEMA

Beratungs- und Fördermöglichkeiten

Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Österreich: www.wirtschaftsverband.at

Junger Wirtschaftsverband Wien: www.jgw.at

Austria Wirtschaftsservice: www.awsg.at

Wiener Wirtschaftsförderungsfonds: www.wwff.gv.at

Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds: www.waff.at

ARMUTSBEKÄMPFUNG

Mindestsicherung kommt – auch ohne Kärnten

Sozialminister Rudolf Hundstorfer sagt mit der Mindestsicherung der Armut den Kampf an. Die Umsetzung soll bis Herbst erfolgen.



In der Frage der Mindestsicherung will sich Sozialminister Rudolf Hundstorfer nicht mehr länger von Kärnten bremsen lassen – zu wichtig ist die Maßnahme.

Bilderbox

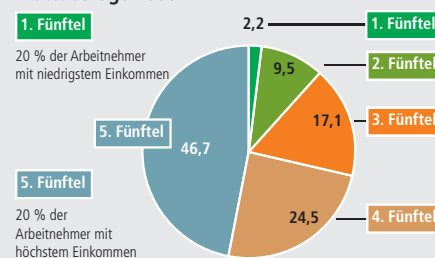
erklärt der Sozialminister. Es gehe jetzt darum, ein einheitliches System vom Neusiedlersee bis zum Bodensee zu haben, wobei es sich lediglich um eine Basis handle. Möchte ein Land Unterstützungen über die Mindestsicherung hinaus tätigen, sei ihm dies unbenommen. „Klar ist, wir brauchen die Mindestsicherung drin-

Schon sein Vorgänger erarbeitete das Grundkonzept einer bedarfsorientierten Mindestsicherung. Bis im Herbst des heurigen Jahres will Sozialminister Hundstorfer diese nun endlich umsetzen, und wenn es sein muss auch ohne Kärnten. „Ich habe diese Frage noch einmal vom Verfassungsdienst prüfen lassen und mir wurde mitgeteilt, es sei möglich“,

gend“, betonte Hundstorfer, der allerdings auch klar stellte, dies bedeute nicht, dass für Menschen, die zuhause sitzen, das Füllhorn geöffnet sei. Ganz im Gegenteil wird mit den Menschen aktiv gearbeitet, um sie wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Bevor diese wichtige sozialpolitische Maßnahme umgesetzt werden kann, muss noch in jedem Landtag, sowie

Einkommen ungleich verteilt

Einkommensverteilung – in % der gesamten Bruttobezüge 2006



Quelle: APA, Sozialbericht, derStandard | Grafik: SPÖ

Der österreichische Einkommenskuchen wird laut Sozialbericht sehr ungleich verteilt. So verdient jenes Fünftel mit dem niedrigsten Einkommen nur 2,2 Prozent des österreichischen Gesamteinkommens, während jenes Fünftel der Bestverdiener fast die Hälfte des gesamten „Einkommenskuchens“ bekommt.

im Nationalrat ein Beschluss dazu gefasst werden. ♦

KINDERGARTEN

Kostenlos und ganztags

Die SPÖ-geführten Bundesländer preschen vor: Sie investieren in Kinderbetreuung und wollen das Gratisangebot erweitern.

Die Bundesregierung hat sich im Regierungsprogramm auf die Einführung eines verpflichtenden letzten Kindergartenjahres geeinigt, dessen Besuch halbtags kostenlos sein soll. Die SPÖ-geführten Bundesländer Wien und Burgenland gehen noch einen Schritt weiter. Für das Gratiskindergartenjahr sind vom Bund 70 Millionen Euro für die Länder vorgesehen, der Anteil für Wien würde natürlich nicht ausreichen, einen – wie von Wien gewünscht – Gratis-Ganztagsbesuch zu finanzieren. Deshalb kann sich Wien vorstellen, den Rest selbst zu bezahlen. Den Kindergarten generell gratis anzubieten, ist momentan nicht vorgesehen, für die Zukunft ausschließen will Vizebürgermeisterin Grete Laska das jedoch nicht.

Vorerst hält man aber an der sozialen Staffelung fest.

Im Burgenland geht man noch einen Schritt weiter: Dort will man das Gratisangebot für alle Kinder zwischen zweieinhalb und sechs Jahren und dies bis zu acht Stunden täglich.

Landeshauptmann Niessl rechnet bei der Umsetzung dieser Maßnahme mit Mehrkosten von drei Millionen Euro, die von Bund, Ländern und Gemeinden getragen werden sollen. Starten soll der Gratiskindergarten im September. Das Burgenland wäre somit das zweite Bundesland nach der Steiermark, das den Gratiskindergartenbesuch anbietet. Bereits in den vergangenen Jahren hat man im Burgenland massiv in die Kinderbetreuung investiert. Sind es im Jahr 2000



Rigaud

Das von der Bundesregierung beschlossene Gratiskindergartenjahr kommt – Wien und Burgenland wollen aber mehr.

nicht einmal 180 Einrichtungen gewesen, so liege man heute bereits bei 297, erläutert Landesrätin Verena Dunst. ♦

30.1.09 ab 16 Uhr
Faymann.
Die neue Politik.
Auf www.spoe.at.
Live!

AK-WAHLEN

FSG ist einzige Stimme der ArbeitnehmerInnen

In Vorarlberg und Salzburg laufen die AK-Wahlen noch bis 5./6. Februar auf Hochtouren. Die Spitzenkandidatin der FSG-Vorarlberg, AK-Vizepräsidentin Manuela Auer und AK-Präsident Siegfried Pichler, Spitzenkandidat der FSG-Salzburg, nehmen im Interview zur Bedeutung einer starken Vertretung der ArbeitnehmerInnen Stellung.



„Wir dürfen nicht übersehen, dass der Großteil der heimischen ArbeitnehmerInnen in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt ist.“

AK-Vizepräsidentin Manuela Auer

SPÖ Aktuell: Frau Vizepräsidentin, die internationale Finanzkrise erreicht auch Österreich. Was bedeutet das für die Vertretung der ArbeitnehmerInnen?

Manuela Auer: „Konservative Parteien, die uns immer wieder die Vorzüge eines ungehemmten freien Marktes vor Augen führen wollten, haben Schiffbruch erlitten. Die Zeche zahlen die ArbeitnehmerInnen. Für Vorarlberg gilt: Wir dürfen nicht übersehen, dass der Großteil der heimischen ArbeitnehmerInnen in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt ist. Daher gilt es, gerade in diesem Bereich entsprechende Maßnahmen zur Bewältigung wirtschaftlicher Schwierigkeiten zu ergreifen.“

Herr Präsident, welche Lehren ziehen Sie aus der Finanzkrise?

Siegfried Pichler: „Der Neoliberalismus ist zum Scheitern verurteilt. Seit Jahren hat die FSG vor den gefährlichen Auswirkungen der blinden Privatisierungswut gewarnt. Zahlreiche öffentliche Güter wurden oft weit unter Wert verkauft. Bereichert haben sich dabei einige Wenige – die Mehrheit der Gemeinschaft ist auf der Strecke geblieben. Nach jahrelanger Untätigkeit der Konservativen in der Salzburger Arbeiterkammer wird kurzfristig mit billigem Populismus auf Stimmenfang gegangen. Die FSG wird jedenfalls auch nach dieser AK-Wahl für eine klare politische Linie stehen. Das oberste Ziel aller Anstrengungen ist: Gerechtigkeit für ArbeitnehmerInnen.“

Was sind die Hauptunterschiede zwischen der FSG und den anderen Listen in Vorarlberg?

Manuela Auer: „Wir haben die Interessen der Beschäftigten stets glaubwürdig vertreten und uns mit aller Kraft für mehr Gerechtigkeit und Respekt in der Arbeitswelt eingesetzt. Nicht nur in der AK, sondern auch in den Betrieben. Geht es um die Rechte der ArbeitnehmerInnen, scheuen wir auch nicht den Konflikt mit Unternehmen und dem Land. Wir gehen auch bei der Steuerreform andere Wege als beispielsweise AK-Präsident Hämmerle. Laut seinen

Vorschlägen würden Handelsangestellte mit einem Monatslohn von 1.100 brutto keinen Cent bekommen, SpitzenverdienerInnen mit 6.000 Euro könnten aber mit 7.000 Euro Entlastung pro Jahr rechnen. Unter Gerechtigkeit verstehen wir etwas anderes.“

Gibt es für ArbeitnehmerInnen bei der AK-Wahl eine Alternative zur FSG?

Siegfried Pichler: „Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir eine starke Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen. Die Menschen haben die Ungeheuerlichkeiten der schwarz-blau/orangen Regierung nicht vergessen. Wo war da der ÖAAB, wo waren die schwarzen ArbeitnehmervertreterInnen? Eine Stimme für FCG/ÖAAB ist somit eine verlorene Stimme, wenn es um die Interessen der ArbeitnehmerInnen geht. In Salzburg haben wir konkret gezeigt, dass die FSG die einzige Stimme für die arbeitenden Menschen ist.“



„Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir eine starke Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen.“

Salzburgs AK-Präsident Siegfried Pichler

Historie

Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte.

Eine temporeiche und mitreißende Erzählung und Geschichtsstunde im besten Sinne.

Die Unterdrückung der osteuropäischen Satellitenstaaten durch die Sowjetunion, der Korea-Krieg, die Aufstände in der DDR, in Ungarn und der Tschechoslowakei, die legendäre Begegnung von Kennedy und Chruschtschow, die Kuba-Krise, die deutsche Wiedervereinigung – diese und andere Wegmarken des Kalten Kriegs rückt Gaddis in den Mittelpunkt seiner Darstellung des Ost-West-Konflikts und entwirft ein umfassendes Bild des halben Jahrhunderts, in dem die Welt

zweigeteilt war. Zwar vermieden die beiden Supermächte USA und UdSSR direkte militärische Auseinandersetzungen, sie trafen jedoch in Stellvertreterkriegen aufeinander und trieben ein beispielloses Wettrüsten voran.

Gaddis präsentiert neue und überraschende Ergebnisse seiner jahrelangen Forschung und erzählt in seiner fesselnd geschriebenen Darstellung von entscheidenden Momenten und Persönlichkeiten. ◆

☐ Stk.


John Lewis Gaddis:
**Der Kalte Krieg.
Eine neue Geschichte.**
Pantheon Verlag,
München 2008;
384 Seiten, 13,40 €

Sachbuch

Die wahren Kosten des Krieges

Stiglitz und Blimes zeigen die erschreckenden ökonomischen und sozialen Auswirkungen des Irak-Krieges auf.

Der Preis des Irak-Krieges ist gigantisch, und zwar nicht nur wegen des hohen Tributs, den Soldaten und Zivilbevölkerung dafür zu zahlen haben. Dieser Konflikt bedeutete auch eine enorme, bisher ungeahnte wirtschaftliche Belastung – für den amerikanischen Steuerzahler und für die gesamte Weltwirtschaft. Die verborgenen und langfristigen Kosten wie die Versorgung von Veteranen oder der Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Region wird die ökonomische Kraft der Vereinigten

Staaten auf Jahrzehnte schwer beschädigen. Zu den finanziellen Belastungen kommen kaum bezifferbare humanitäre und soziale Auswirkungen. In ihrem ebenso nüchternen wie erschütternden Bericht rechnen Stiglitz und Blimes vor, welche bislang unterschätzten – oder womöglich verheimlichten – Folgen der Irak-Krieg haben wird. Dabei geht es um eine rein ökonomische Kostenaufstellung, denn menschliches Leid lässt sich nicht quantifizieren. ◆

☐ Stk.


Joseph Stiglitz, Linda Blimes:
**Die wahren Kosten
des Krieges.**
Pantheon Verlag,
München 2008;
304 Seiten, 17,50 €

Gedichte

Der Welt in die Schnauze geguckt

Eine hinter sinnig-amüsante Gedichtsammlung Erich Kästners, ausgewählt von Peter Rühmkorf.

Als Rühmkorf 1979 der Erich-Kästner-Preis verliehen wurde, befand er in seiner Dankesrede: „Es ist und bleibt ein Wunder eigener Art, dass Erich Kästners Verse so anhaltend haften und sitzen und nichts von ihrem guten alten Freundschaftsgeist verloren haben ... ich meine ihren unverzichtbaren Witz und ihre Fähigkeit, das Schwere leicht zu sagen.“ Doch es war nicht nur die virtuose Leichtigkeit von Kästners Lyrik, die Rühmkorf beeindruckte, es war auch das kritische Engagement eines „Auf-

klärungskünstlers“, der es wie kein anderer verstand, das „Kasernenhofendenken auf allen möglichen Gesellschaftsebenen“ mit hinter sinnig-amüsanten Versen anzuprangern. Rühmkorfs persönliche Auswahl von Kästner-Gedichten ist damit nicht nur Verbeugung vor einem großen Dichterkollegen – sie ist auch Ausdruck tiefster Verbundenheit mit einem Poeten der praktischen Vernunft, der „an den gesunden Menschenverstand wie an ein Wunder glaubte“. ◆

☐ Stk.


Peter Rühmkorf:
**Wir haben der Welt in die
Schnauze geguckt.**
Atrium Verlag, Zürich 2008;
201 Seiten, 12,40 €

Name: Adresse: Unterschrift:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Zu bestellen!

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

Offenes Ohr: SPÖ startet Helpline



Seit 21. Jänner ist in der Steiermark die Helpline eingerichtet und per SMS, Mail oder Anruf unter 0800 211 112 erreichbar.

„Wir müssen wieder mehr da sein und zeigen, dass die SPÖ Steiermark ganz nah bei den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ist“, erklärte der steirische Landeshauptmann Franz Voves. Und mit

INFO

SPÖ-Steiermark Helpline:

Montag bis Donnerstag:

8 bis 18 Uhr

Freitag: 8 bis 13 Uhr

Telefonnummer: 0800 211 112

E-Mail:

helpline.sp.steiermark@spoe.at

SMS: 0676/5 211 112

dieser Aufgabe startete die „SPÖ-Steiermark-Helpline“ am 21. Jänner 2009.

Hier sollen die Menschen anrufen können, egal wo der Schuh drückt. So werden sämtliche Anfragen an die SPÖ-Steiermark, an Orts- oder Bezirksorganisationen sowie an SPÖ-Regierungsbüros in einer Datenbank gesammelt und innerhalb von 24 Stunden erstbeantwortet. „Besonders in Zeiten wie diesen ist es wichtig, ein offenes Ohr für jede einzelne Sorge der Steirerinnen und Steirer zu haben – und dieses offene Ohr wollen wir mit der SPÖ-Steiermark-Helpline schaffen“, so Landeshauptmann Voves. Daher soll die Helpline nicht nur eine Anlaufstelle für politische Fragen sein, sondern

ebenso für berufliche oder familiäre Anliegen. Man will damit ein Zeichen der Offenheit der Partei nach außen hin setzen. Für Voves ist dieses Projekt ein „Meilenstein in der Arbeit mit unseren Mitgliedern und für die Steirerinnen und Steirer“.



v.l.n.r.: LGF Toni Vukan, Elke Kollmann, Heike de Vries, Markus Hierzer, Doris Klammer, die zu viert die neue „SPÖ-Steiermark Helpline“ betreuen werden, präsentieren gemeinsam mit LH Franz Voves das neue Projekt.

SPÖ Steiermark

BURGENLAND

Ehrennadel der Marktgemeinde Schattendorf für Staatssekretär Josef Ostermayer



Dem für die Koordinierung der Regierung zuständigen Staatssekretär Josef Ostermayer wurde vor kurzem die große Ehrennadel der Marktgemeinde Schattendorf verliehen.



Auch die Gattin von Bundeskanzler Werner Faymann, Martina Ludwig-Faymann, war bei der Ehrung anwesend.



v.l.n.r. Bgm. Alfred Grafl, LH Hans Niessl, StS Josef Ostermayer, KO Christian Illedits mit Jüngst-Schattendorferinnen.

Damit ist Ostermayer in den Kreis der „großen Söhne der Marktgemeinde Schattendorf“ aufgenommen. Im Beisein der Gattin von Bundeskanzler

Werner Faymann, Martina Ludwig-Faymann, Landeshauptmann Hans Niessl sowie Klubobmann Christian Illedits empfing Ostermayer die Auszeichnung von Bürgermeister Alfred Grafl. Über 500 Schattendorfer waren ebenso wie Ostermayers Eltern und Geschwister gekommen, um den Staatssekretär zu ehren. Landeshauptmann Niessl sprach Vielen aus dem Herzen, als er betonte: „Wir können stolz sein, dass Josef

Ostermayer dieser Regierung angehört“. Der Staatssekretär dankte besonders seinen Eltern: „Dass ich heute hier bin, habe ich dem ungeheuren Fleiß meiner Eltern zu verdanken.“

SPÖ Burgenland

SALZBURG

Null-Prozent-Kredite für thermische Sanierung



LH Gabi Burgstaller will mit einer Sonderkreditaktion den Menschen beim thermischen Sanieren unter die Arme greifen.

Mit zahlreichen Förderungen wird in Österreich die thermische Sanierung von Gebäuden unterstützt. Denn in diesem

INFO

Weitere Verbesserungen für Sanierungen:

Senkung der Zinssätze für Sanierungsdarlehen von 1,5 auf 1 Prozent.

Erhöhung der Förderung für Wärmedämmung mit gleichzeitiger Senkung der Mindestbeitragsgrenze.

Anhebung der Höchstförderbeiträge von 30.000 Euro auf 50.000 Euro pro Wohnung.

Erhöhung der Anzahl der Förderungen von 3.500 auf 4.300 Wohnungen.

Bereich ist das Einsparungspotential von CO² am höchsten. Häufig können Familien jedoch keine dieser Förderungen in Anspruch nehmen, da die Sanierung von älteren Gebäuden ihre finanziellen Möglichkeiten weit übersteigt. Um das Finanzierungsproblem zu lösen und Anreize zur Sanierung zu setzen, präsentierte Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller gemeinsam mit Wohnbau- und Umweltreferent, Landesrat Walter Blachfellner nun eine Sonderaktion. Eigenheimbesitzer, die sanieren wollen, sollen künftig ein Darlehen von bis zu 31.320 Euro zu einem Zinssatz von Null erhalten, denn „Klimaschutz muss für die Menschen leistbar sein, das ist in Zeiten steigender finanzieller Belastung umso notwendiger“, wie Burgstaller betont. Je nach Belieben kann dieses Darlehen fünf, zehn oder 15 Jahre aufgenommen werden. Pro Eigenheim können durch die Sanierung langfristig ca. 20 Tonnen CO²-Ausstoß eingespart werden, insgesamt soll die Aktion eine Einsparung von 5.000 Tonnen CO² mit sich bringen. Um die Sonderaktion in Anspruch nehmen zu können, müssen je-

Fotolia



Salzburg fördert thermische Sanierungen mit Sonderaktionen.

doch einige Voraussetzungen erfüllt werden: Das Gebäude muss vor 1990 errichtet worden sein. Und es müssen mindestens drei energetisch relevante Sanierungsmaßnahmen an der Gebäudehülle erfolgen, wie zum Beispiel: die Dämmung der Außenwände, der obersten Geschosdecke oder der Kellerdecke, Fenstertausch etc. ♦

KÄRNTEN

Kanzler-Unterstützung für Wahlkampf



Bundeskanzler Werner Faymann besuchte vor kurzem Österreichs südlichstes Bundesland, um gemeinsam mit Kärntens Spitzenkandidat Reinhart Rohr die Werbetrommel für die Wahl am 1. März zu rühren.

Aus Anlass seines Kärnten-Tags absolvierte Bundeskanzler Werner Faymann vergangenen Freitag ein dichtes Besuchsprogramm. Höhepunkte waren hier u.a. die Festveranstaltung zum 60-Jahr-Jubiläum des Pensionistenverbands in St. Stefan sowie ein Besuch der Mediaprint-Druckerei in St. Andrä. Am Abend standen dann ein Besuch des Fachmarktzentums Wolfsberg und die Eröffnung des GLOBO-Leuchten-Headquarters in St. Jakob im Rosental auf dem Programm.

Topthema war natürlich die bevorstehende Wahl: Er hoffe, dass die SPÖ die Landtagswahlen in Kärnten gewinnen werde, machte Faymann klar. Volle Unterstützung gab es für den Spitzenkandidaten der Kärntner SPÖ: „Reinhart Rohr ist ein sehr stark sozial engagierter Politiker. Er hat gute Chancen, die Wahl zu gewinnen“, unterstrich Faymann.

Mindestsicherung: Kärntner SPÖ für bundesweite Einführung

Ein weiteres Gesprächsthema war die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Hier hat Sozialreferentin Nicole Cernic einmal mehr klargemacht, dass die Kärntner SPÖ eine bundesweite Einführung fordert. Es sei daher hoch an der Zeit, dass Kärntens BZÖ-Landeshauptmann Dörfler endlich



SPÖ Kärnten

NR, Bgm. Peter Stauber, SPÖ-Kärnten-Spitzenkandidat Reinhart Rohr und BK Werner Faymann bei einem Betriebsbesuch.

seine Blockade aufgibt. Für Cernic ist es „verantwortungslos“, dass die gleichzeitige Einführung der Mindestsicherung in allen neun Bundesländern daran scheitert, dass Dörfler seine Unterschrift verweigert. ♦

30.1.09 ab 16 Uhr
Faymann.
Die neue Politik.
Auf www.spoe.at:
Live!



Blutleere Wirtschaft braucht mutige Ärzte

Viele Experten sind ratlos, andere haben Ideen – doch niemand hat ein Patentrezept, wie wir den Patienten Weltwirtschaft auf die Beine bekommen.



Bilderbox

Fehlende Spielregeln, unzureichende Kontrolle und hinterlistige Täuschung waren Auslöser für die Katastrophe am Finanzmarkt.

Hinterhältige Abzocker, findige Finanzakrobaten und gierige Spekulanten haben die Weltwirtschaft an den Rand eines Kollapses gebracht. Die Wirtschaft liegt auf der Intensivstation und leidet an einer neuen, unbekannten Krankheit. Maßnahmen, die normalerweise greifen, versagen hier. Was wir also brauchen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, sind neue Ideen.

Aber: Wie war diese Katastrophe möglich? Wer zahlt die Zeche? Wie kommen wir aus diesem Dilemma? Das sind die Fragen, die viele Menschen heute beschäftigen.

Hochbezahlte Bankmanager haben versagt: Die Kombination aus fehlenden Spielregeln, unzureichender Kontrolle und hinterlistiger Täuschung waren Auslöser für diese Katastrophe. Die Folge ist eine gigantische Kapitalvernichtung rund um den Erdball.

Die Zeche zahlen in Österreich zum einen Unternehmer, die laufende Geschäfte oder neue Investitionen nicht mehr finanzieren können. Zum anderen gehören ArbeitnehmerInnen zu den Verlierern dieser Entwicklung.

Und auch jene Pensionsempfänger zahlen drauf, die aus einer Pensionsversicherung Geld bekommen sollten. Auch dann, wenn sie sich für eine staatlich geförderte Pension entschieden haben, sind sie auf der Verliererseite. Weitere Verlierer sind die Besitzer von Aktien.

In Österreich gehören schon jetzt viele Menschen zu den Verlierern – für heuer wird die Wirtschaftsleistung des Landes um drei

Prozent niedriger sein als 2008. Damit sind wir zwar besser als viele andere Länder in der der EU, aber durch die starke Verflechtung der Wirtschaft in Europa können wir uns nicht völlig von den weltweiten Entwicklungen abkoppeln.

Was zu tun ist: Zunächst muss das Bankensystem wieder flott gemacht werden. Die Frage ist nur, ob die Bankmanager, die diese Probleme verursacht haben, das überhaupt leisten können. Ich bin der Meinung, wir brauchen neue Banken, die für die Sparer und die Unternehmen da sind – und die von Altlasten befreit sind.

Betriebe benötigen Absatz. Die Nachfrage wird durch steigende Einkommen angekurbelt. Aber auch Investitionsförderungen, also billige Kredite für Unternehmen, sind wichtige Impulse für die Wirtschaft.

Auch der öffentlichen Nachfrage, etwa im Bereich Infrastruktur, kommt eine wichtige Bedeutung zu: Durch das Schließen von Straßenlücken und durch thermische Sanierung, schaffen und sichern wir Arbeitsplätze. Gleichzeitig verbessern wir die Wettkampf-Arena für die Zukunft des österreichischen Wirtschaftsstandortes. Geholfen wird der Wirtschaft durch beschleunigte Genehmigungsverfahren.

Wichtig ist das Wiederbeleben der staatlichen Auffanggesellschaft GBI, die in den 80er- und 90er-Jahren mehr als 9.000 Arbeitsplätze gerettet hat – damit Konzernzentralen in Österreich erhalten bleiben.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind mutige Ärzte gefragt, die auch Neues ausprobieren, um dem angeschlagenen Patienten wieder auf die Sprünge zu helfen. ♦

Johann Moser ist Geschäftsführer des austria wirtschaftsservice – Österreichs Förderbank für die unternehmensbezogene Wirtschaftsförderung. Zuvor war er wirtschaftspolitischer Sprecher der SPÖ.

TERMINKALENDER

OFFENLEGUNG

Offenlegung gem. MedienG

Medieninhaber: Sozialdemokratische Partei Österreichs, Bundesparteileitung, 1014 Wien, Löwelstraße 18.

Bundespartei vorstand:

Sonja ABLINGER, Josef ACKERL, Dr. Hannes BAUER, Klaus BAUMGARTNER, Gabriele BINDER-MAIER, Karl BLECHA, Mag.a Renate BRAUNER, Mag.a Gabriele BURGSTALLER, Dr. Josef CAP, Renate CSÖRGITS, Mag. Norbert DARABOS, Dr.in Christiana DOLEZAL, Verena DUNST, Rupert DWORAK, Kurt EDER, Werner FAYMANN, Dr. Kurt FLECKER, Ing. Kurt GARTLEHNER, Barbara GROSS, Hannes GSCHWENTNER, Anton GAAL, Wilhelm HABERZETTL, Dipl. Ing. Erich HAIDER, Hermann HANEDER, Johann HATZL, Dr. Michael HÄUPL, Dr.in Hilde HAWLICEK, Anton HEINZL, Birgit HIERHACKER, Dr.in Elisabeth HLAVAC, Rudolf HUNDSTORFER, Dr. Johann KALLIAUER, Wolfgang KATZIAN, Mag.a Gertraud KNOLL, Dr. Günther KRÄUTER, Mag.a Andrea KUNTZL, Dr. Josef LEITNER, Dr. Michael LUDWIG, Juliane LUGSTEINER, Maria MALTSCHNIG, Maria-Luise MATHIASCHITZ, Dr. Christoph MATZNETTER, Elmar MAYER, Jürgen MICHELMAYER, Wolfgang MOITZI, Hans NIESSL, Christian OXONITSCH, Rudolf PARNIGONI, Ernst PECHLANER, Otto PENDL, Olga PIRCHER, Mag.a Barbara PRAMMER, Mag.a Karin RENNERT, Wolfgang RIEDLER, Ingrid RIEZLER, Michael RITSCH, Ing. Reinhart ROHR, Bernd ROSENBERGER, Laura RUDAS, Heinz SCHADEN, Rosemarie SCHÖNPASS, Herwig SEISER, Heidrun SILHAVY, Bettina STADLBAUER, Dr.in Dwora STEIN, Dr.in Silvia STÖGER, Dr. Hannes SWOBODA, Bettina VOLLATH, Mag. Franz VOVES, Mag.a Sonja WEHSELY, Dr. Peter WITTMANN, Mag.a Gisela WURM

Grundlegende Richtung: Die „Sozialdemokratische Korrespondenz (SK)“ ist der Pressedienst der SPÖ. Grundlage für die Berichterstattung ist das Parteiprogramm 1998 der SPÖ.

Freitag, 30. Jänner

„Die soziale Frage – Wie kann ein neuer Sozialkontrakt gestaltet werden?“

Rudolf Hundstorfer, Bundesminister für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz, Michael Landau, Caritasdirektor der Erzdiözese Wien, Karl Öllinger, Nationalratsabgeordneter und Sozialsprecher der Grünen, Martin Schenk, Sprecher der Armutskonferenz und Gertraud Knoll, Sprecherin und Mitinitiatorin des Sozialstaats-Volksbegehrens, diskutieren über die soziale Lage in Österreich. Im Vorfeld der von neuBasis organisierten Diskussion präsentieren Andreas Höferl und Barbara Hauenschield den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich.

Beginn: 18:30 Uhr

Pfarr Mariahilf – Caritas-Sozialzentrum Gruft

Barnabitingasse 14
1060 Wien

Dienstag, 3. Februar

Ausstellung von Tonia Kos „Pagodenbaum“

Eine Ausstellung, bei der es um die Beschäftigung mit Seinszuständen geht, die jedoch nicht direkt avisiert, sondern indirekt umschrieben werden. Tonia Kos' Vorgehen ist vergleichbar mit dem Agens japanischer Haikus. Mit reduzierten Mitteln wird eine Vision der Welt als Inhaltlichkeit zur Anschauung gebracht, ohne sie buchstäblich zu bezeichnen. „An diesem Morgen, schönes Wetter über der Bucht, habe ich reglos ver-

harrt, des Abwesenden zu gedenken“, dieses Haiku scheint Tonia Kos' Malerei treffend zu beschreiben. Die Eröffnung erfolgt durch den Galeristen Hubert Thurnhofer.

Öffnungszeiten der Ausstellung:

Montag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr bei freiem Eintritt vom 4. Februar bis 5. März 2009.

Beginn: 19 Uhr

Ega, Frauen im Zentrum

Windmühlgasse 26
1060 Wien

Donnerstag, 12. Februar

75 Jahre 12. Februar 1934



Eine Videoinstallation gemahnt an die Ereignisse im Februar 1934.

Der 75. Jahrestag des 12. Februar 1934 wird heuer von der SPÖ in Oberösterreich verstärkt in die Öffentlichkeit gerückt. Am 12. Februar 1934 wurde die Demokratie in Österreich gewaltsam beendet. Dieser Tag hat 75 Jahre danach noch immer besondere Bedeutung.

Neben den traditionellen Kranzniederlegungen und einer historischen Stadtrundfahrt gibt es eine Gedenkveranstaltung im Hof des Traditionshauses der SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer eröffnet eine Ausstellung zum Februar 1934. Im Innenhof des ehemaligen „Hotel Schiff“ steht auch eine Videoinstallation von Chris Müller (Theater Hausruck) auf dem Programm. Nach der Gedenkrede von LH-Stv. Erich Haider gibt es eine Lesung mit Franzobel.

Weitere Informationen unter:

ooe@spoe.at

Landesgeschäftsstelle der SPÖ Oberösterreich

Landstraße 36
4020 Linz

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chef v. Dienst: Mag. Ute Pichler
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz, Peter Slawik, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Bilderbox
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at

30.1.09 ab 16 Uhr
Faymann.
Die neue Politik.
Auf www.spoe.at:
Live!

A portrait of a middle-aged man with grey hair, wearing a dark suit, white shirt, and a dark tie with small white dots. He is looking directly at the camera with a slight smile. The background is a solid red color.

**Faymann.
Die neue Politik.**



**30. Jänner 2009 | Wien
Bei den Menschen
und ihren Sorgen.**

**Wir laden ein,
gemeinsam
das Jahr 2009
politisch zu starten.**

**Freitag, 30. Jänner 2009 | 16.00 Uhr (Einlass 15.00 Uhr)
U-Bahn-Betriebsbahnhof der Wiener Linien (U3-Haltestelle Erdberg), 1030 Wien**